

# ¡Fijáte!

## Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 579

Mittwoch, 25. März 2015

22. Jahrgang

### Inhaltsverzeichnis

|   |   |
|---|---|
| BäuerInnen vs. multinationale Unternehmen.....  | 1 |
| Auf die Strasse zum Frauentag.....  | 3 |
| In Panajachel werden Schulen zur politischen Bildung von indigenen Frauen eröffnet..... | 3 |
| Die Anerkennung des anhaltenden und strategischen Kampfes der Frauen.....               | 3 |
| Mord an drei Journalisten wegen Recherchen über Untreue und Geldwäsche?.....            | 4 |
| Angriffe auf JournalistInnen in Santa Eulalia.....                                      | 4 |
| Die schmale Grenze zwischen Sicherheit und bewaffneter Brutalität.....                  | 5 |

### BäuerInnen vs. multinationale Unternehmen

*Es ist vielleicht kein wesentlich neuer Sachverhalt, der uns im hier folgenden Artikel von Chema Caballero aus El País (Madrid, 20. Februar 2015) näher gebracht wird, trotzdem verliert er nicht an emotionaler, sozialer, ökologischer und ökonomischer Bedeutung für die Mehrheit der Bevölkerung Guatemalas. Zum einen ist es eine Erinnerung daran, was die Umsetzung der EU-Richtlinien Menschenrechte und Wirtschaft bewirken könnte oder sollte, zum anderen aber eine Erinnerung an die Beziehungen zwischen den Parteien, die sich da gegenüber stehen: BäuerInnen, mit ihren Vorstellungen von nachhaltiger Entwicklung auf der einen Seite und multinationale Unternehmen und Staaten mit einem von „oben“ aufgezwungenen Wirtschaftsmodell auf der anderen. Hier ist internationale solidarische Unterstützung auf jeden Fall nutzbringend.*

„Eine Art, um den guatemaltekischen Staat zu regieren, also den Kampf gegen die Armut aufzunehmen, ist das Anlocken von ausländischem Kapital für Investitionen in Megaprojekte. Aber wenn dieses Kapital dann endlich ins Land kommt, ist das einzige, was die Regierung tut, Lizenzen zum Abbau der natürlichen Ressourcen der indigenen Völker an Ölfirmen zu vergeben, und zwar an jene Unternehmen, die ein Interesse daran haben, Megastaudämme zu errichten oder Bergbauprojekte zu eröffnen. Und aus diesem Grund sind wir in verschiedenen Gemeinden mit Problemen konfrontiert, wie in San Miguel Ixtahuacán, Sipacapa, San Rafael las Flores, San José el Golfo, San Juan Sacatepéquez, San Pablo la Costa, San Pablo Tacana, Santa Caterina...“.

Wer uns diese Dinge erzählt, ist Feliciano Velásquez, ein guatemaltekischer Bauer und einer der Gründer von FRENA (Frente de Resistencia, En Defensa de los Recursos Naturales y los Derechos de los Pueblos). Er besuchte Ende letzten Jahres Madrid. Dabei wurde er von dem Anwalt Ramón Cadena, Direktor der Internationalen Juristenkommission von Guatemala (CIJ), begleitet.

Zusammen mit der Organisation Éxodo und der Kooperative l’Olivera begannen die zwei Aktivisten in Madrid eine Rundreise, welche sie zum spanischen Kongress, zum Parlament von Katalonien, zum europäischen Parlament und zur Kommission der Menschenrechte der Vereinten Nationen in Genf führte. Vor der letztgenannten Institution haben sie die Situation in ihrem Land aufgezeigt und nach konkreten Aktionen verlangt, die helfen sollen, diese zu ändern.

Nach drei Jahrzehnten Bürgerkrieg und trotz unterzeichneten Friedensverträgen wurden nur wenige Fortschritte erzielt. Nur zwei Jahre nach der Unterzeichnung wurde der katholische Bischof Monseñor Juan Gerardi ermordet, um die Nachforschungen und Zeugenaussagen über die Verbrechen der guatemaltekischen Armee zum Schweigen zu bringen. Feliciano Velásquez kommentierte, dass durch diesen Mord die Armee verhindern wollte, „die Namen der schuldigen Militärs zu benennen, die den Völkermord begangen haben. Ab diesem Moment übernahmen die Militärs die Macht mit Hilfe der Verbreitung von Terror, Angst, Verfolgung. Das ist die Situation, die wir auch heute noch in Guatemala vorfinden.“

Der Anwalt Ramón Cadena insistiert, dass sich aufgrund der Nichterfüllung der Friedensverträge heute aufs neue Praktiken der Vergangenheit manifestieren, wie etwa die Kriminalisierung der sozialen Proteste. „Früher wurden die AnführerInnen der Gemeinden und deren AnwältInnen als KommunistInnen beschuldigt, heute nennt man sie TerroristInnen und sie werden als GesetzesbrecherInnen verfolgt. Damit sollen die sozialen Proteste ausgebremsst und die Opposition zum wirtschaftlichen Entwicklungsmodell, welches der Staat durchzusetzen versucht, zum Erliegen gebracht werden.“

### **Konflikte aufgrund von Ressourcen**

Die Nichterfüllung der Friedensverträge durch den guatemaltekischen Staat führte zu einer Erhöhung der Konflikte in den ländlichen Gebieten, wo das von oben aufgedrückte Entwicklungsmodell zurückgewiesen wird und gleichzeitig die Veräusserung der natürlichen Ressourcen zugunsten der grossen, internationalen Unternehmen am deutlichsten zu spüren ist. Feliciano Velásquez zitiert das Beispiel von Union Fenosa, ein spanisches Unternehmen, das seiner Meinung nach für die Unterdrückung und die Verletzung der Rechte der guatemaltekischen BäuerInnen – vor allem im Departement San Marcos – verantwortlich war. Mit der Privatisierung der Produktion und Distribution der elektrischen Energie erhielt Union Fenosa unter der Regierung Alvaro Arzú (der heute der Bürgermeister von Guatemala-Stadt ist) für 50 Jahre die Konzession für die Verteilung des Stroms in 20 der 22 Departements des Landes. Im Jahr 2011 kaufte der britische Investitionsfonds Actis die Aktien von Union Fenosa. Die Verpflichtung der Konzession verlangte, Elektrizität in alle Gemeinden der Departements zu liefern, in denen das Unternehmen operiert. Aber ab dem Jahr 2000 kam es zu immer mehr Unregelmässigkeiten, etwa regelwidrige Stromzähler, falsche Stromablesungen, überhöhte Preise und ständige Stromausfälle. (...)

Seit 2008 hat die Bevölkerung 90.000 Anzeigen bei der Nationalen Kommission der Elektrischen Energie gestellt. Davor, während sieben langer Jahre, versuchte man mit dem Unternehmen ins Gespräch zu kommen. Trotzdem, kommentiert Velásquez, „die Antwort war Verachtung, Arroganz, Bedrohung und Unterdrückung: Zuerst wurde der Strom in bestimmten Gemeinden abgestellt und bald begannen die Gewalt, die Kriminalisierung und die Morde. Dabei wurden Militär und Polizeikräfte genutzt, um einzuschüchtern und um Furcht in der Bevölkerung zu säen. Im Dezember 2009 rief die Regierung einen Ausnahmezustand aus, welcher eine Reihe von verfassungsmässigen Rechten einschränkte“.

### **FRENA**

Aufgrund dieser Probleme schufen die BäuerInnengemeinden im November 2002 FRENA. Ziel der Organisation war es, die „Probleme zu lösen, die im Zusammenhang mit der schlechten Stromverteilung stehen, mit der Einführung von Lizenzen für Bergwerke, mit den Menschenrechtsverletzungen durch die transnationalen Unternehmen und die Unterdrückung durch staatliche Institutionen. Es ging darum, die Bevölkerung zu stärken. Da aber die Unregelmässigkeiten weitergingen und keine Wiedergutmachung für Schäden geleistet wurde, entschied FRENA, dass der Widerstand sich auf die Nichtbezahlung der Rechnungen konzentrieren würde.“

Laut Velásquez werden die AnführerInnen von FRENA seit 2009 bedroht, verfolgt und ermordet – aufgrund ihres Kampfes gegen die verschiedenen transnationalen Unternehmen. Im Jahr 2009 wurde die Ermordung von 16 GemeindeführerInnen angezeigt und vier weitere allein im Januar und Februar 2010. [siehe ;*Fijáte!* 452 und 455, d.Red.]

Besagte Attentate führten zur Intervention des Interamerikanischen Gerichtshof der Menschenrechte und zu Eilaktionen von Amnesty International. Die transnationalen Unternehmen haben bisher jegliche Verbindung mit dieser Art Geschehnissen von sich gewiesen. Sie zeigten sogar Mitglieder von FRENA wegen Bedrohung an. Seit Dezember 2014 lässt sich eine Verschärfung der Aktionen gegen die Gemeinden beobachten. Sieben AnführerInnen von FRENA wurden verhaftet, was die Flucht weiterer Mitgliedern und deren Familien provozierte, die nun in den Bergen Schutz suchen (...).

### **Zwei einander widersprechende Wirtschaftsmodelle**

Um der Veräusserung der natürlichen Ressourcen an ausländische, multinationale Unternehmen etwas entgegenzusetzen, schlagen die guatemaltekischen BäuerInnen „alternative Projekte vor, die die Ernährungssouveränität und eine geeignete Handhabung ihrer Ressourcen garantieren“, sagt Velásquez und verspricht, dass die Bewegung ihre Territorien zu Konzern-freien Zonen erklären wollen. Die zwei Aktivisten für die Rechte der guatemaltekischen BäuerInnen sind überzeugt, dass sie auf dem richtigen Weg sind und den Kampf gegen die Unternehmen und den guatemaltekischen Staat gewinnen werden, auch wenn viele compañeros auf der Strecke bleiben werden (...).

## Auf die Strasse zum Frauentag

**Guatemala-Stadt, 8. März.** Am 8. März, dem Internationalen Frauentag verwandelte sich die Sechste Avenida von Guatemala-Stadt in ein Farbenmeer in allen Schattierungen zwischen Dunkelviolett und Rosa, unter der tausende Frauen von verschiedenen Organisationen gemeinsam demonstrierten. Auf dem Weg wurde dreimal Halt gemacht:

- Am Justizpalast, um die Umsetzung des Gesetzes über ein Register von Angriffen gegen Frauen zu fordern.
- Beim Innenministerium, wo mit einem grossen rosa Kreuz um mehr Sicherheit gebeten wurde.
- Am Nationalen Kulturpalast, um härtere Strafen für sexuelle Belästigungen zu fordern.

Die Aktionsformen, die die Unzufriedenheit über die Behandlung von Frauen in dieser Gesellschaft aufzeigten, waren unterschiedlich: Eine Gruppe indigener Frauen liefen mit einer Grosspuppe, die aussah wie die traditionellen Tanzriesen von San Juan Sacatepéquez. Andere waren noch auffälliger, etwa ein Mädchen mit einem bedeckten Torso, die inmitten der Demonstration radelte. Sie hatte die Maske eines Ringkämpfers auf, über ihrer Schulter eine klare Botschaft: „Mein Körper braucht deine Anmache nicht, Dreckskerl!“ Und zwei Frauen mit gelben Klebeband als Mundknebel bummelten über das Strassenpflaster, bedeckt mit einem roten Decke, um an die Opfer des Feminizids in Guatemala zu erinnern. An der Aktion, die mit Redebeiträgen und einem Musikfestival auf dem Platz der Verfassung endete, beteiligten sich u.a. der Frauensektor, Via Campesina und das Komitee der BäuerInnenvereinigung (CUC)

### In Panajachel werden Schulen zur politischen Bildung von indigenen Frauen eröffnet

**Sololá, 9. März.** Abraham Mayen, Bürgermeister von Panajachel, Departement Sololá, erklärte, dass der regionale Kommunalverband in strategischer Allianz mit lokalen, nationalen und internationalen Trägern die politische Bildung von indigenen Frauen voranbringen und die Organisation von Frauenverbänden fördern will. In dem Projekt soll die politische Teilhabe von Frauen und Jugendlichen der Quiché und Kaqchikel gestärkt und deren Wissen darüber, wie sie für ihre Rechte eintreten können, vertieft werden.

Mittelpunkt des Projektes ist die Gründung von Erlebnis-Schulen für politische Bildung für insgesamt 60 indigene Frauen und Mädchen, deren Programminhalte von Schuldiplomen mit Schwerpunkt Politik bis zur Fortbildung über die Maya-Kosmovision reichen. Es gibt solche Schulen bereits in den Gemeinden San Andrés Semetabaj, San Antonio Palopó, Concepción und Panajachel.

Cristina Angélica Chávez, die didaktische Koordinatorin der Bildungseinrichtung erklärte, dass die pädagogische Vermittlung dieser Erlebnis-Schule insgesamt elf Lehrgänge über die Themen Maya-Kosmovision, das Wissen der Frauen und politische Bildung umfasst.

Héctor Fernández, Koordinator der Niederlassung der Universität San Carlos in Sololá (Cunsol / USAC) erklärte, dass die Universität für die Vermittlung und Weiterentwicklung der Höheren Bildung in dem Departement zuständig sei. In dem Projekt werden sie die akademische Ausbildung für die jungen Frauen begleiten, damit die Quiché und Kaqchikel in den Kursen ihr Denken dekolonialisieren, sowohl im Körper als auch im Geist, um ihre Identität wieder zu gewinnen und die Prinzipien und Werte ihrer Vorfahren aus der Vergessenheit zu holen.

### Die Anerkennung des anhaltenden und strategischen Kampfes der Frauen

**Guatemala, 9. März.** Das Institut für Demokratie der Koordination der NROs und Kooperativen (Congcoop) hat eine Anerkennung des anhaltenden und strategischen Kampfes der Frauen für ihre fundamentalen Rechte veröffentlicht. In dem Papier anlässlich des Internationalen Frauentages weisen sie zwar auf einige wenige Fortschritte in Bezug auf die Situation der Frauen hin, insgesamt aber sei die Lage in Bezug auf Ungleichheit und Diskriminierung weiterhin besorgniserregend. Das bezieht sich vor allem auf den Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung sowie auf die Mutters-terblichkeit, die sich nicht nur nicht verbessert, sondern sogar verschlechtert habe. Gerade auf dem Lande habe sich die Situation der Frauen verschärft, da die Mehrheit von ihnen in extremer Armut leben und verschiedene Formen der Diskriminierung und sozialen Ausgrenzung erfahren. Diese Situation beeinträchtigt nicht nur die Rechte als Frau, sondern verhindere insgesamt eine positive Entwicklung der guatemalteckischen Gesellschaft.

Das Papier der Congcoop analysiert die acht, sich auf Frauenförderung beziehenden Programmpunkte im Haushalt 2014: Diese machen gerade mal 0,04 Prozent des Bruttoinlandsproduktes aus und belaufen sich auf 323 Millionen Quetzales (knapp 33 Millionen Euro). Von diesen waren bis zum 5. März gerade 3,65 % umgesetzt. Nur 14,27 % fliesst an Institutionen, die explizit der Frauenförderung dienen, etwa an das Sekretariat für Frauenfragen im Präsidialamt oder an die Stelle zur Verteidigung der Indigenen Frau (Defensoría de Mujeres Indígenas). Dieses Vorgehen zeige – so kritisiert das Papier – die Schwäche von institutionellen Mechanismen zur Stärkung der Frauen.

Das Institut für Demokratie findet, dass die Probleme, die die Kinder und Jugendlichen täglich erleben, eigentlich nur in den 'normalen' Problemen bestehen sollten, die beim Spielen oder Lernen eben vorkommen. Das sei aber in Guatemala nicht so: schliesslich habe es im Jahre 2013 fast 100.000 schwangere Jugendliche gegeben, von denen 7.450 im Alter

zwischen 10 und 14 waren. Es bestünden noch grosse Herausforderungen, um diesen Zustand zu verbessern und die drängenden Forderungen der Frauen zu erfüllen, insbesondere bezüglich des Zugangs zu Krediten, zu Land, Wohnungen, Gesundheit, Sexualaufklärung, politischer Partizipation und einem Ende von Rassismus und Diskriminierung.

Das Institut beendet sein Papier mit der Forderung an die Verwaltung, bei den Haushaltsmitteln jene Programme zu priorisieren, die sich einer ganzheitlichen Entwicklung der Frauen widmen, um damit ihre Verpflichtungen, die sie national und international zur Förderung und Stärkung der Frauen eingegangen ist, einzulösen.

## **Mord an drei Journalisten wegen Recherchen über Untreue und Geldwäsche?**

**Macatenango/Guatemala, Mitte März.** Drei Morde an Journalisten erschüttern die Medien. Am 10. bzw. 13. März wurden insgesamt drei Journalisten in Macatenango, Departement Suchitepequez erschossen. Zunächst traf es den Korrespondenten der Prensa Libre, Danilo López, und den Mitarbeiter des Radiosenders Nuevo Mundo, Federico Salazar, wobei deren Kollege Marvin Túnchez verletzt wurde. Am 13. März traf es dann Guido Armando Giovanni Villatoro, Mitarbeiter von Servicable. Erste Tatverdächtige werden verhaftet: Im Fall von López und Salazar sind es Valdemar Cardona Reyes und Artemio de Jesús Ramírez Torres, ein weiterer Verdächtiger werde gesucht; im Fall Villatoro sind die Tatverdächtigen Dany Macguiber Roden Petze, Rigoberto Batz Soven und ein Minderjähriger.

Plaza Pública berichtet, dass López Stunden vor seiner Ermordung und der seines Kollegen gegenüber der Abteilung für Angriffe gegen JournalistInnen der Staatsanwaltschaft aussagte, dass er Angst habe und die Stimmung geladen sei. Hintergrund seien seine Recherchen wegen Geldwäsche in der Bezirksregierung von Suchitepéquez. Auch die Nationale Polizei (PNC) spricht davon, dass es von lokalen Funktionären Drohungen gegen den Journalisten wegen seiner Artikel gegeben habe. López hatte bereits im Juli 2013 gegenüber der Staatsanwaltschaft von Mazatenango angezeigt, dass er Drohungen erhalten habe – und zwar von dem Bürgermeister von San Lorenzo Suchitepéquez, José Linares Rojas. Dieser habe ihm gesagt, dass er bald das Geld beisammen habe, um gegen ihn vorzugehen. López fürchtete damals, dass er oder jemand aus seiner Familie ein Opfer eines Angriffs werden könnte. Der Journalist hatte über einen Strafanzeige berichtet, nachdem in der Bezirksstadt 2,8 Millionen Quetzales (280.000 Euro) für Aufgaben ausgegeben wurden, die es gar nicht gab. Bereits zwei Jahre zuvor, 2011, hatte er Drohungen vom Ex-Bürgermeister von Mazatenango, Juan Manuel Delgado erhalten, ebenfalls wegen Artikeln in der Zeitung Prensa Libre.

Wenig überraschend verurteilten VertreterInnen der Medien die Tat und forderten Massnahmen zum Schutz von JournalistInnen. Sie zeigten sich insbesondere über die Tatsache besorgt, dass der Mord am helllichten Tage erfolgte, vor aller Augen am zentralen Platz der Stadt. Protestmärsche wurden angekündigt und Veranstaltungen in Erinnerung an die Toten. Sie trafen sich auch mit der Leiterin der Staatsanwaltschaft (MP), Thelma Aldana.

Der Innenminister Mauricio López Bonilla erklärte in Mazatenango, dass er eine Sondereinheit der PNC gründen werde und feste Wachposten und Patrouillen von Sicherheitskräften verstärken werde. Auch die Familien der Ermordeten würden Schutz erhalten.

## **Angriffe auf JournalistInnen in Santa Eulalia**

**Santa Eulalia, Huehuetenango, 21. März.** Der Druck auf alternative Radiosender steigt. Bereits am 20. Januar wurde der Sender Snuq' Jolom Konob' [*Jolom Konob' ist der Ortsname in K'anjobal, der Sprache, die 99% der BewohnerInnen sprechen, d.Red.*] in Santa Eulalia, Departement Huehuetenango, auf Druck des dortigen Bürgermeisters Diego Marcos und Gemeindemitgliedern geschlossen. Zuvor waren fünf Mitglieder des Senders von Personen, die dem Verwaltungschef nahe standen, angegriffen worden. Die Elektrizität war abgestellt worden, die JournalistInnen bedroht, alles im Beisein des Bürgermeisters. Es war nicht das erste Mal, dass der Bürgermeister so vorgeht: Bereits im September 2014 wurde dem Radio der Strom abgedreht und damit die Übertragung einer Veranstaltung traditioneller Autoritäten verhindert. Das BürgerInnenradio sollte keine Sendezeit mehr an Gruppen der Zivilgesellschaft reservieren.

Lorenzo Mateo, Vorstandsmitglied des alternativen Radiosenders Snuq' Jolom Konob' erklärte, dass die traditionellen Räte sich geeinigt hätten, die Medienanstalt wieder zu öffnen. Dazu fand eine öffentliche Veranstaltung statt, an der verschiedene AkteurInnen des Ortes teilnahmen, darunter auch der Bürgermeister Diego Marcos mit weiteren VertreterInnen der Kommune. Marcos betonte von Anbeginn, dass er die Radiostation nur wieder senden lassen werde, wenn dessen aktueller Vorstand ausgetauscht werde. Mateo stellte einen Rücktritt des Vorstands in Aussicht, allerdings erst wenn der Radiosender, der in einem Gebäude der Stadt untergebracht ist, zuvor wieder senden könne.

Während der Übertragung der Veranstaltung zeigten viele Mitglieder der Gemeinde eine feindliche Haltung gegen die JournalistInnen, die darüber berichten wollten und die MitarbeiterInnen des Radiosenders. Sie beschimpften diese als Mitglieder der Guerilla.

Lucía Ixchiú von der Kommunalen Presse sagte, dass sie seit ihrer Ankunft in der Stadt von Personen aus dem Umfeld des Bürgermeisters beschimpft und bedroht worden sei. Einige von ihnen hätten Feuerwaffen dabei gehabt. Jedes Mal, wenn jemand von ihnen das Wort ergriffen habe, habe es Beschimpfungen und Provokationen gegeben. Schliesslich sei die Situation ausser Kontrolle geraten, als ein Repräsentant der indigenen Bevölkerung von einem Mitarbeiter der Verwaltung gewaltsam aus dem Raum gebracht worden war, was zu einem Streit führte. Bei dem Wortwechsel griffen zwei Frauen Ixchiú physisch und verbal an und versuchten, deren Filmausrüstung und ihren Presseausweis zu rauben, was sie allerdings nicht schafften.

Ähnliches passierte Jeff Abbot, Korrespondent der Presseagentur für Lateinamerika (OPAL) sowie Alfonso Porres des Kollektivs Luciérnaga, dessen Kamera gestohlen wurde. Sie wurde ihm jedoch später von der Polizei wieder zurückgebracht, die wiederum sagte, diese sei ihr von einem Unbekannten übergeben worden. Während des Tumults wurden auch Rony Morales Tot vom Mesoamerikanischen Netzwerk Kommunalen Radios, Marta Karina Fuentes Kemp von der Produktionsfirma Canek sowie Nelton Rivera und Carlos Cano von der BürgerInnenpresse angegriffen.

Während der gesamten Zeit waren Angehörige der Nationalen Polizei (PNC) anwesend, weil mehr als 12 Mitglieder der Kommunalen Radios Drohungen vom Bürgermeister erhalten und Schutzmassnahmen beantragt hatten. Die Polizei konnte die Angriffe jedoch nicht verhindern. Die Mitarbeiter von Snuq' Jolom Konob' berichten von anhaltenden Einschüchterungen in der Gemeinde, sodass sie um ihr Leben fürchten. Sie wissen nichts über den Zustand der Geräte der Radiostation, da ihnen seit dem 20. Januar der Zutritt verwehrt wurde. (Quelle: Cerigua)

### **Hintergrund**

Radio Snuq Jolom Konob ist bereits vor zwei Jahren durch den Mord an ihren Gründer, Daniel Pedro Mateo, erschüttert worden. Am 16. April 2013 wurde die Leiche des, K'anjobal-Aktivisten in Santa Eulalia aufgefunden. Sie wies Spuren von Folter auf. Am 7. April war er entführt worden, als er auf dem Weg zu einem Workshop über indigene Rechte in Santa Cruz Barrilla war. Von seiner Familie wurde ein Lösegeld von 150.000 Quetzales (etwa 15.000 Euro) gefordert. Obwohl die Familie und die Gemeinde versuchten, das Geld zusammen zu bekommen, wurde die Leiche gefunden.

Daniel Pedro Mateo war Maler, Lehrer, Gründer des Radiosenders und Führer des Widerstandes der Gemeinde gegen die Minen und Wasserkraftwerke in Huehuetenango. Seine Erfahrungen mit der Ungleichheit und Ungerechtigkeiten, die bis weit in seine Kindheit zurückreichten, führten in zu seinem Engagement für eine gerechte und menschliche Gesellschaft. Nach dem Ende des bewaffneten Konfliktes traf er sich mit anderen FührerInnen der K'anjobal in Santa Eulalia und begann eine kommunale Radiostation aufzubauen, die der Gemeinschaft eine Stimme geben sollte, die sich marginalisiert fühlt, obwohl sie die Mehrheit der Bevölkerung stellt. Daniel war nicht mit dem täglichen Sendebetrieb befasst, aber er fungierte als Vermittler zwischen den Freiwilligen und traditionellen Autoritäten.

Viele Mitglieder der Gemeinde glauben, dass dieser Gewaltakt eine Reaktion auf sein Umweltengagement war, zum Beispiel Lorenzo Mateo, der Cousin von Daniel und Kollege von Radio Snuq Jolom Konob. Daniel Mateo war der Organisator des Widerstandes gegen den Staudamm von Hidro Santa Cruz in Santa Cruz Barillas, gegen den Staudamm in seiner Heimatstadt und gegen die Ausbeutung der Wälder durch die Firma Madera San Luis, die zur gewaltsamen Vertreibung von indigenen BewohnerInnen führte. Er war Mitglied der Versammlung der Völker Huehuetenangos und Mitglied der Partei WINAQ, die Rigoberta Menchu gegründet hatte. [Quelle: <http://www.culturalsurvival.org/node/10803>]

Es ist also zu vermuten, dass der Bürgermeister und seine SchergenInnen aus partei- und machtpolitischen sowie ökonomischen Gründen gegen die engagierten K'anjobal und ihre Medien vorgehen wollen.

## **Biopsia / März 2015 – von Diana Vásquez Reyna**

### **Die schmale Grenze zwischen Sicherheit und bewaffneter Brutalität**

Es ist keine Neuigkeit, dass „Sicherheit“ heute, statt ein Recht sowie ein persönliches und soziales Mass für Wohlstand zu sein, eine Dienstleistung ist. Eine Dienstleistung, die nur jene kaufen, die auch dafür bezahlen können. Nach 36 Jahren Konflikt wimmelt es noch immer von Waffen in der militarisierten Zivilgesellschaft. Die Unsicherheit und die Kriminalität in der Gesellschaft erhalten einen riesigen Markt für diejenigen am Leben, die Waffen importieren und viele der ehemaligen Militärs bestreiten ihren Lebensunterhalt mit privaten Sicherheitsunternehmen. Sie sind immer bereit gegen einen illusorischen „inneren Feind“ zu kämpfen - ein militärisches Konzept der Aufstandsbekämpfung, das auch Methoden der Ausrottung einschliesst, die in Guatemala gegen die GegnerInnen der Regierung angewendet wurden.

Die Armee ist ein grosses, organisiertes Kollektiv, das sein Personal zum Töten ausbildet. Mit diesem klaren Ziel wird gegen Artikel drei der Universellen Erklärung der Menschenrechte verstossen: „Jedes Individuum besitzt ein Recht auf Leben, auf Freiheit und auf die Sicherheit seiner Person“.

Es erscheint also paradox, dass Soldaten in öffentliche Schulen gehen, um Reden zu halten und piñatas [Pappmachéfiguren mit Süßigkeiten, die Kinder durch Stockschläge zum Platzen bringen] mitzubringen. Sie sprechen mit den Kindern über Moral oder „weibliche Führung“. Wie kann ein Soldat so arrogant sein, sich einer Klasse von SchülerInnen gegenüber zu setzen, wenn es eben genau seine Institution war, die 93% der gewalttätigen und abscheulichen Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung in den drei blutigen Jahrzehnten die neueren Geschichte Guatemalas begangen hat?

Die KandidatInnen für den nächsten Präsidentschaftsposten wissen genau, dass sie, wenn sie die Wahl gewinnen wollen, der Bevölkerung „Sicherheit garantieren“ müssen. Aber welche Alternativen geben sie, was wollen sie anders machen als bisher? Der Staat ist derzeit unfähig, seine Funktionen zu erfüllen und für die Entwicklung und den Schutz seiner Bevölkerung zu sorgen. Seine Schwäche versucht er durch Druck und autoritäres Gehabe zu kaschieren. Wie kann man in einem solchen Kontext die Idee der Sicherheit von dem Konzept der bewaffneten Brutalität trennen?

Die Regierung von Otto Pérez Molina hat Guatemala in das Jahrzehnt der 1980er zurückversetzt: Soldaten in den Strassen, bewaffnet bis an die Zähne, indoktrinierend durch Kontrolle und Angst, bis in die Schulen hinein, mit Hilfe von Überwachungskameras, die Rechte der Verletzlichsten missachtend. Obwohl es heute keine offizielle Lizenz zum Töten gibt, werden die GegnerInnen des politischen und wirtschaftlichen Systems trotzdem kriminalisiert, stigmatisiert, diffamiert und delegitimiert.

„Die Gesellschaft, die die Armee in die Strassen holt, bringt sich selbst um“, lautet ein Satz in einem Actionfilm, der aber der Wahrheit recht nahe rückt. Die Angst und das Misstrauen sind enorm auf der Strasse. Angst in der Bevölkerung zu schaffen ist die einzige Methode, die ein schwacher Staat besitzt, um anschliessend mit der Ausweitung „der Sicherheit“ zu argumentieren. Es sind die instabilen Leute, die Waffen tragen und jederzeit auf jeden schießen könnten. Die Soldaten und privaten Sicherheitsleute haben „die gleichen Eltern“, den gleichen Ursprung: unausgeglichene Militärs, die die jungen Mörder der unbewaffneten, hauptsächlich indigenen Zivilbevölkerung waren.

Bei seinem kürzlichen Besuch in Guatemala forderte der Vizepräsident der Vereinigten Staaten Joe Biden die Länder des Nordens von Zentralamerika auf, sich von Institutionen wie der CICIG helfen zu lassen, um etwas gegen die Straffreiheit und für die Gerechtigkeit zu tun: „Die Opfer der Verbrechen müssen sicher sein, dass die VerbrecherInnen der Justiz übergeben werden. Die AktionärInnen und BürgerInnen müssen wissen, dass das Rechtssystem für sie funktioniert und nicht für die verbrecherischen Gruppen.“

Klar, wenn die CICIG in Guatemala weiter macht, werden früher oder später nicht nur die Militärs, die an den Verbrechen der Vergangenheit und der Gegenwart beteiligt sind, sondern auch die Köpfe, die hinter den Verbrechen stehen, sich rechtfertigen müssen. Auch jene, die die bewaffneten Kräfte finanzieren und dadurch das Gerüst der Korruption und Gewalt verstärken, welches seit dem inneren bewaffneten Konflikt über die ganze Struktur und die Triebkräfte des Landes herrscht und die Institutionen, die Gerichte und die Politik des Staates kontrolliert, um die wirtschaftlichen Interessen Einzelner zu schützen, werden in die Bredouille geraten.

Pérez Molina sagte eindeutig nein. Nein zur CICIG, trotz der Mahnung des „grossen Bruders“ als Bedingung, um den Entwicklungsplan für Wohlstand zu unterstützen. Otto und andere wissen, dass ihnen dieses Jahr die Gnadenfrist verkürzt werden kann.

## ¡Fijáte!

<http://fijate.guatemala.de>

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

### Redaktion:

Wiebke Schramm – [wibsca@gmail.com](mailto:wibsca@gmail.com)

Stephan Brües – [stephan.bruees@arcor.de](mailto:stephan.bruees@arcor.de)

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

**Herausgeber:** Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel

c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

**Abo-Verwaltung:** [fijate@web.de](mailto:fijate@web.de) (ab 23. Mai: [fijate@mail.de](mailto:fijate@mail.de))

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnement: 50.00 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

**NEU:** Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX

PC: 30-516068-6